

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren des Rates und im Zuhörerraum,

im Haushaltsjahr 2014 hat der Bund zum 1. Mal seit 1969 keine neuen Schulden aufgenommen. Auch für 2015 steht die sogenannte „schwarze Null“, und der deutschen Wirtschaft geht es vergleichsweise gut, die Konjunktur boomt, und damit sprudeln die Steuereinnahmen.

Nicht zuletzt dadurch ist es für viele sicher zunächst schwer nachvollziehbar, dass die meisten Kommunen sich nach wie vor in einer prekären Finanzsituation befinden.

So sind nach einer Haushaltsumfrage 2014 des NRW Städte- und Gemeindebundes 145 der 359 Mitgliederkommunen im sogenannten Haushaltssicherungskonzept bzw. im Haushaltssicherungsplan, 167 Kommunen sichern den Ausgleich durch eine Entnahme aus der Rücklage, und nur 47 haben einen strukturell ausgeglichenen Haushalt.

Auch in Heinsberg hat sich die Finanzsituation im Vergleich zu den letzten Jahren nicht wesentlich verbessert. Denn trotz höherer Erträge bei den Steuern und ähnlichen Abgaben in Höhe von rund

2,6 Mio. € (z.B. durch die von uns beschlossene Anhebung der Hebesätze) gelingt es nicht, ohne Griff in die Allgemeine Rücklage einen Haushaltsausgleich zu erzielen.

So steigen die Erträge insgesamt zwar um rd. 2 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr, dennoch beträgt der planerische Fehlbetrag im Ergebnisplan 5,2 Mio. €. Das sind zwar rd. 0,9 Mio. € weniger als im Vorjahr, führt aber immer noch dazu, dass wir wie schon in den letzten Jahren auf unsere Allgemeine Rücklage zurückgreifen müssen, um zum Ausgleich des Ergebnisplanes zu kommen. Dadurch wird sich unser Eigenkapital weiter deutlich verringern.

Wesentliche Ursachen für den planerischen Fehlbetrag sind die stetig steigenden Kosten für pflichtige Aufgaben.

Und darin liegt für uns wie für andere Kommunen das Problem, denn diese Ausgaben können lokal nur in begrenztem Umfang beeinflusst werden. Zu diesen pflichtigen Aufwendungen gehören z. B. die Kreisumlage, die Sozialausgaben und die Beteiligung am Fonds Deutsche Einheit.

So erhöhen sich z. B. die Transferaufwendungen, die rund 46% der ordentlichen Aufwendungen umfassen, um rd. 1.356.000 €. Bedeu-

tendste Einzelposition dieser Aufwendungen ist die Kreisumlage, die sich um 900.000 € auf insgesamt nunmehr 21,3 Mio. € erhöht. Durch diese Erhöhung muss ein Großteil der Mehreinnahme, die wir durch die Anhebung der Hebesätze erzielen werden, direkt an den Kreis weitergeleitet werden.

Entscheidende Ursache für die zunehmende strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden ist aber der - von diesen nicht mehr steuerbare- Anstieg der Sozialaufwendungen. Die jährlichen Ausgaben für Soziales belaufen sich für die nordrhein-westfälischen Kommunen mittlerweile auf rund 15 Mrd. Euro. Von 2007 bis 2013 sind sie bei einer mittleren jährlichen Steigerungsrate von 5,7 v. H. um insgesamt knapp 40 v. H. angestiegen. Mit dieser Entwicklung auf der Aufwandsseite kann die Ertragsseite nicht mithalten.

Im Haushalt der Stadt Heinsberg sind im Produktbereich 05 -soziale Leistungen- von 2011 bis 2013 Ist-Fehlbeträge von insgesamt knapp 600.000 Euro aufgelaufen. Das sind ungedeckte Sozialhilfeaufwendungen. Rein planerisch werden es von 2014 bis 2018 mehr als 4 Millionen Euro sein.

Aktuell von wachsender Bedeutung ist die den Kommunen übertragene Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Am Beispiel des Jahres 2013 lässt sich festmachen, dass die Stadt Heinsberg auch in diesem Bereich zugelegt hat. Heinsberg sind 2013 Aufwendungen für Asylbewerber in Höhe von 436.646 Euro entstanden. Mit pauschalierter Zuweisungen und Sonderzahlungen nach § 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes in Höhe von insgesamt 184.672 € beteiligte sich das Land mit nicht einmal 50 v. H. an diesen Aufwendungen.

In diesem Zusammenhang schreibt die IHK in ihrer Stellungnahme zum Haushalt:“ Derjenige, der eine Aufgabe an die Kommunen überträgt oder einen Leistungsstandard für sie verbindlich definiert, muss gegenüber den Kommunen für die Finanzierung Sorge tragen. Das gilt auch für Aufwandssteigerungen, insbesondere bei Altaufgaben, die den Kommunen nicht neu übertragen werden, sondern sich bereits in ihrem Zuständigkeitsbereich befinden.“

Auch die Beteiligung am Fonds Deutsche Einheit ist nach wie vor eine große Belastung für die Kommunen. In unserem Haushaltsplan 2015 sind dafür 1,4 Mio. € eingeplant. Seit der Einführung der

Beteiligung am Fonds Deutsche Einheit im Jahre 1990 hat die Stadt Heinsberg nach Auskunft der Verwaltung damit insgesamt rd. 35,5 Mio. € in diesen Fonds eingezahlt, in etwa also der Betrag unserer Schulden. Die Zinsen sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Dieses Geld fehlt uns heute natürlich bei der Eigenentwicklung der Stadt.

Konnte man den ursprünglichen Grund für die Einführung des Fonds Deutsche Einheit - nämlich den Aufbau der neuen Bundesländer mitzufinanzieren - nachvollziehen und gutheißen, so stellt sich heute angesichts leerer kommunaler Kassen aber zunehmend die Frage, ob es noch angebracht ist, diesen Solidaritätszuschlag weiterzuführen, auch wenn ab 2020 auch die Länder und Kommunen im Westen daran partizipieren sollen. Nicht wenige Kommunen vertreten die Auffassung, dass es angebrachter wäre, den Solidarbeitrag ab 2019 wieder abzuschaffen und damit die Kommunen und Bürger direkt und unmittelbar zu entlasten, anstatt wiederum eine einmal eingeführte Finanzquelle weiter am Leben zu erhalten, obwohl viele Kommunen bereits Kredite aufnehmen müssen, um den Solidarbeitrag zu bezahlen.

Die um 600.000 € gestiegenen Personalaufwendungen - im Wesentlichen bedingt durch tarifl. Steigerungen, Besoldungsanpassungen nach dem neuen Beamtentarif und zusätzliches Personal im Bereich der Kindertagesstätten, tragen ebenfalls dazu bei, dass die ordentlichen Aufwendungen insgesamt um 1.147.000 € im Vergleich zum Vorjahr auf nunmehr 87.900.387 € steigen.

Ohne Einsparungen, z. B. im Bereich der Sach- und Dienstleistungen, wäre der Aufwand insgesamt noch umrd. 1,1 Mio. € höher im Vergleich zum Vorjahr.

Entsprechend unseren finanziellen Gegebenheiten und unserem 2013 gefassten Beschluss, keine Netto-Neuverschuldung mehr einzugehen, sind im Haushaltsplan die Mittel für die Investitionstätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren weiter zurückgeschraubt worden.

So sind für Investitionen nur noch rund 5 Mio. € veranschlagt, das sind rund 1,1 Mio. € weniger als im Vorjahr und rund 4,6 Mio. € weniger als im Ergebnis 2013.

Nur noch rund 2,2 Mio. € kommen für Baumaßnahmen zur Auszahlung und rund 1 Mio. € für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden. Insgesamt sind das rund 1,6 Mio. € weniger, die für Baumaßnahmen eingeplant sind.

Es handelt sich dabei im Wesentlichen nur noch um Maßnahmen, die dringend erforderlich sind bzw. fortgeführt werden müssen, z. B. verschiedene Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung, Straßenbaumaßnahmen, die Kindergartenerweiterung an der Maarstr., verschiedene Feuerschutzmaßnahmen, Anschaffungen von Fahrzeugen und Geräten für den Bauhof, Sicherung verschiedener Bahnübergänge und zwei Flutlichtanlagen, die dringend erforderlich sind, um den Trainingsbetrieb der Sportler im Winter weiter ermöglichen zu können.

Für einige Maßnahmen stehen zudem Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt rund 1.9 Mio. € bereit.

In unsere Schulen investieren wir rund 350.000 €, insbesondere für Lehrmittel und Inventar. Der größte Teil davon - ca. 210.000€ - in unsere neue Gesamtschule.

Durch die beschlossene schulorganisatorische Maßnahme, die Gemeinschaftshauptschule Heinsberg I zum 31.07.2015 aufzulösen und den damit verbundenen Wechsel der verbleibenden Klassen zur Gemeinschaftshauptschule HS II Oberbruch wird das Gebäude der Gemeinschaftshauptschule HS I ab dem Schuljahr 2015/2016 leer stehen. Daher bietet es sich an, dass die Heinsberger Grundschule an der Westpromenade - die Sonnenscheinschule - in das größere Hauptschulgebäude umzieht und dass das Grundschulgebäude entfernt wird. So erhielten wir den notwendigen Platz, um einen dringend benötigten weiteren Parkplatz anzulegen. Die CDU-Fraktion wird in Kürze dem Rat einen diesbzgl. Antrag vorlegen. Zur Finanzierung einer solchen Maßnahme sollten wir auch über eine projektbezogene moderate Erhöhung der Parkgebühren nachdenken. Die CDU-Fraktion wird sich jedenfalls dafür aussprechen.

Um u. a. unsere Einnahmesituation weiter zu verbessern, befasst sich der Rat ja zurzeit aufgrund eines CDU-Antrages mit verschiedenen Grundstücksentwicklungsmodellen.



Die CDU-Fraktion ist in dieser Frage noch ergebnisoffen. Wir begrüßen es, dass in der Ratssitzung im April noch weitere Modelle bzw. Erfahrungsberichte vorgestellt werden sollen. Wir sehen die Angelegenheit jedenfalls weiter positiv und werden nach eingehender Prüfung und Abwägung der Risiken und Chancen dem Rat einen Vorschlag unterbreiten.

Mit der weiteren Reduzierung der Investitionen und dem Festhalten an der Entschuldung aufgrund der Nachhaltigkeitssatzung wird zwangsläufig der Zinsballast in künftigen Jahren geringer.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Heinsberg zu anderen vergleichbaren Kommunen eine deutlich niedrigere Pro-Kopf-Verschuldung hat. Nach den letzten vorliegenden Daten für 2013 liegt sie nach Auskunft der Verwaltung bei rund 962 €. Im Kreis Heinsberg liegt der Höchstwert bei rund 2121 €, und in NRW ergibt sich für jeden Einwohner eine Verschuldung von 3408 €.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

insgesamt spiegelt der vorliegende Haushaltsentwurf das erfolgreiche Bemühen wider, die Aufstellung eines Haushaltssicherungs-

konzeptes zu vermeiden. Dass dieses Ziel erreicht wurde, gehört zu den positiven Aspekten. Weitere erfreuliche Tatsachen sind, dass die Haushaltssatzung entsprechend unserer 2013 aufgrund eines CDU-Antrags beschlossenen Nachhaltigkeitssatzung keine Netto-Neuverschuldung enthält und dass wir uns leicht entschulden.

Wir werden daher, wie in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung bereits angekündigt und heute erläutert bzw. begründet, der vorliegenden Haushaltssatzung unsere Zustimmung erteilen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt aber auch wiederum deutlich, dass die Konsolidierung des Haushaltes weiter dringend notwendig ist, wenn wir auch zukünftig den Gang in die drohende Haushaltssicherung vermeiden wollen. Denn auch die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass wir weiterhin defizitäre Jahresergebnisse erzielen werden, auch wenn wir - wie wir in der letzten Sitzung des H.- und Finanzausschusses erfreut zur Kenntnis nehmen konnten, durch ein besseres Jahresergebnis 2014 eine höhere Eigenkapitalreichweite erfahren (erzielen) werden. Die dauerhafte Eigenkapitalerhaltung wird dennoch immer schwieriger, zumal eine längst überfällige , kommunalfreundlichere Finanzreform zurzeit

nicht in Sicht ist. Und die Wahrscheinlichkeit, dass z. B. die Sozialaufwendungen in den kommenden Jahren weiter steigen werden, ist relativ groß.

Wollen wir dennoch unter diesen Gegebenheiten an unserer Nachhaltigkeitssatzung festhalten, und dazu bekennt sich die CDU-Fraktion wie auch zum Ziel, die schwarze Null zu erreichen, noch einmal ausdrücklich, werden wir nach derzeitigem Planungsstand die Ausgaben noch weiter beschränken und die Einnahmen erhöhen müssen, d. h., wir werden zu weiteren unliebsamen Maßnahmen greifen müssen und manches Erwünschte zurzeit nicht erfüllen können. Wir müssen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger daher erneut bitten, dafür Verständnis aufzubringen.

Inwieweit uns in den kommenden Jahren die Investitionsinitiative für Kommunen, auf die sich die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen in dieser Woche verständigt haben, ermöglichen wird, wieder mehr zu investieren, bleibt abzuwarten. Zu begrüßen ist diese zusätzliche Hilfe in Höhe von 5 Mrd. €, die die Kommunen für die Jahre 2016 bis 2018 für Investitionen erhalten sollen, natürlich in jedem Fall, zumal sichergestellt werden soll, dass die Mittel direkt

und vollumfänglich bei den Kommunen ankommen, d. h. den Ländern nicht ermöglicht werden soll, die Mittel teilweise in die Landeshaushalte fließen zu lassen. Wollen wir hoffen, dass auch wir in Heinsberg dadurch wieder etwas mehr Gestaltungsspielraum bekommen werden.

Mit diesem Hoffnungsschimmer darf ich mich abschließend bei Ihnen, Herr Gerards, sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den sicher auch in diesem Jahr wieder schwierig aufzustellenden Haushaltsentwurf bedanken.

Ebenso darf ich mich persönlich und im Namen der Fraktion bei Ihnen, Herr Bürgermeister Dieder, für die nach wie vor überaus gute und erfolgreiche Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken. Dank gilt aber auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz zum Wohle der Stadt Heinsberg.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit